

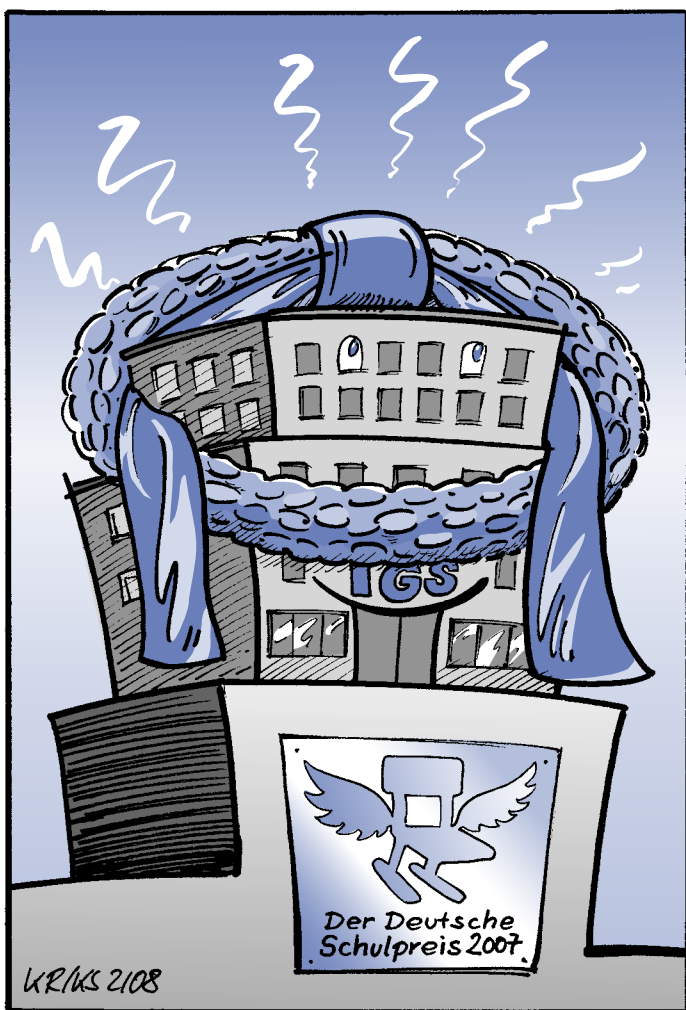
GGG

Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband
31. (39.) Jahrgang · 20. Februar 2008 · H 2395

ISSN 1431-8075

Ausgabe 1/2008



Was uns der Schulpreis lehrt

von Lothar Sack

Nun ist er zum zweiten Mal vergeben worden, der deutsche Schulpreis. Allen Preisträgern auch von dieser Stelle einen herzlichen Glückwunsch, insbesondere den drei Gesamtschulen unter den Preisträgern, der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim, der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, der Montessori-Oberschule in Potsdam. Die ihnen zugehenden Laudationes sind hier auch abgedruckt (siehe Seite 4 ff).

Wir haben es ja schon immer gewusst, dass Gesamtschulen gut sind. Wieder eine Bestätigung! Also gehen wir zur Tagesordnung über. Warum sich weiter mit dem Schulpreis beschäftigen?

Ja, warum eigentlich? Man mache sich das Ergebnis klar: In den zwei Jahren (2006, 2007), in denen der Preis verliehen wurde, sind von den 10 Preisträgern 7 Gesamtschulen, 1 Grundschule, 1 Förderschule (mit dieser Bezeichnung wird man der Jean-Piaget-Schule nicht ganz gerecht) und 1 Gymnasium. Wenn man etwas genauer hinschaut, heißt das: Unter den bisherigen 10 Preisträgern befindet sich genau eine Schule, die typischer Repräsentant des gegliederten Systems ist. Wenn man ganz genau hinsieht, ist das Marbacher Friedrich-Schiller-Gymnasium so typisch auch wieder nicht, schlägt es in seinem Verhalten gegenüber leistungsschwächeren Schülern doch erheblich aus der Art.

Dieses Ergebnis rechtfertigt alle Male eine genauere Beschäftigung mit dem Schulpreis.

Seite 4 ff

Warum muss man dafür kämpfen?

Die Wochenzeitung DIE ZEIT vom 22.11.07 enthielt an prominenter Stelle einen sehr überraschenden Text zur zweigliedrigen Schulstruktur. Ingrid Wenzler inszenierte die „Gegenanzeige“ und berichtet über diese wirksame Aktion.

Seite 3

Das Heterogene-Tischgruppen-Konzept

In der Reihe „Beispielhafte Projekte“ beschreibt Michael Jost das Konzept der IGS Koblenz-Pollenfeld, einer der drei rheinland-pfälzischen Gesamtschulen, die am Modellversuch „Integrierte Leistungsdifferenzierung“ teilnimmt.

Seite 7 ff

Aus der Arbeit des HA und der Landesverbände

Bei ihrer gemeinsamen Herbstsitzung skizzierten BV und HA die Vorhaben für das erste Jahr der Wahlperiode. Berichte aus den Landesverbänden geben einen Überblick über die bundes- und landesweiten Aktivitäten der GGG.

Seite 11 ff

Was nun, Herr Busemann?

Als eine „etwas polemische Abhandlung“ anlässlich der Verleihung des Deutschen Schulpreises 2007 bezeichnet Jürgen Leonhardt seinen Kommentar und spielt dabei u.a. auf das Gesamtschul-Gründungsverbot in Niedersachsen an.

Seite 16

Inhalt

Bildungs-Politik

Warum muss man dafür kämpfen 3

Thema

Was uns der Schulpreis lehrt 4

Beispielhafte Projekte

Das HT-Konzept (heterogene Tischgruppen) der IGS Koblenz-Pollenfeld 7

GGG Intern

Hauptausschuss tagt in Unna 11

Aus den Ländern

12

Kommentar

16

Impressum

Heft 1/2008 vom 20. Februar 2008
ISSN 1431-8075

Gesamtschul-Kontakte

31. (39.) Jahrgang

Herausgeber: Gemeinnützige Gesellschaft
Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)
Evenaristraße 46, 64293 Darmstadt,
E-Mail: kontakte@ggg-bund.de

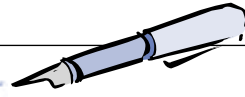
Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Postfach
1307, 26583 Aurich, Telefon: 04941/18777
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 14,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 4,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layout: Elke Quilling, Waso Koulis und Michael Hüttenberger

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.03.2008
Redaktionsschluss: 20.04.2008

... vorab bemerkt



Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

Hessen und Niedersachsen haben gewählt, Hamburg wird bis zum Erscheinen dieser ersten Gesamtschul-Kontakte-Ausgabe des Jahres 2008 gewählt haben.

Noch hat das Jahr im Sinne eines integrierten Schulwesens nicht gut begonnen. In Niedersachsen kann die alte schwarz-gelbe Regierung (so?) weitermachen. In Hessen ist die Koch'sche Alleinherrschaft zwar beendet, neue Mehrheiten gegen schwarz-gelb allerdings sind nicht in Sicht. Ein rot-rot-grünes Bündnis, das in Fragen der Bildungspolitik maximale Übereinstimmungen aufweisen könnte, wird es wohl zunächst nicht geben, weil die SPD sich kategorisch den Glauben verordnet hat, Teile jener Stammklientel zurück gewinnen zu können, die sie sich mit der Agenda 2010 vertrieben hat. Und dieser Glaube geht einher mit der beharrlichen Ignoranz der Linkspartei, die (dennoch) im Westen sukzessive in den Länderparlamenten Einzug hält. Gleichzeitig erstarkt, warum auch immer, die FDP, und so wird wohl auch in Hamburg schwarz-gelb die Richtlinien der Bildungspolitik in den nächsten Jahren bestimmen.

Hessen jedenfalls nimmt eine Schlüsselrolle ein in der Frage künftiger politischer Bündnisse. Weiter mit einer großen Koalition, eine ampelgesteuerte Regierungspolitik, oder doch die pragmatische Umsetzung der vorhandenen Mehrheit links von der Mitte in eine tolerierte rot-grüne Regierungsneuaufgabe? Diese Frage wird sich wohl auch nach dem Ende der närrischen Hochtage, an denen ich diese Zeilen schreibe, noch stellen.

Unabhängig von den großen politischen Weichenstellungen ist die GGG weiter dabei, sich inhaltlich zu positionieren, die Strukturbeschlüsse der Mitglie-

dersammlung werden konsequent umgesetzt. Nachzulesen ist dies unter GGG-intern und den Berichten aus den Bundesländern.

Unter der Rubrik „Bildungs-Politik“ berichtet unsere ehemalige Bundesvorsitzende Ingrid Wenzler über ihre Aktivitäten und deren ermutigende Resonanz zur Anzeige der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ im November, deren inhaltliche Ausrichtung uns doch sehr überraschte. Die Reihe „Beispielhafte Projekte“ wird fortgesetzt mit einem Bericht der IGS Koblenz-Pollenfeld, einer der drei rheinland-pfälzischen Gesamtschulen, die am Modellversuch „Integrierte Leistungsdifferenzierung“ teilnimmt.

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht, wie könnte es angesichts der Ergebnisse anders sein, der Deutsche Schulpreis 2008. Lothar Sack hat in seinem Beitrag die herausragende Rolle belegt, die die Gesamtschule bei dieser, zum zweiten Mal verliehenen, bedeutenden Zertifizierung spielt. Jürgen Leonhardt greift dies in seinem Kommentar mit leicht polemischen Unterton auf.

Alle Beiträge dieser Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte gibt es natürlich wiederum im Internet (unter www.ggg-bund.de und www.gesamtschulverband.de) als pdf-Format, die Möglichkeit zum „downloaden“ inbegriffen.

Und nun, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich Ihnen allen eine informative Lektüre und einen guten Start in den meteorologisch beginnenden Frühling, selbst wenn der bildungspolitische Frühling hier und da noch ein wenig auf sich warten lassen sollte.

Ihr

Michael Hüttenberger

Warum muss man dafür kämpfen?

Zur Anzeige in DIE ZEIT vom 6.12.07: Schluss mit dem Streit, aber nicht so!
von Ingrid Wenzler

Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 22.11.07 enthielt an prominenter Stelle einen sehr überraschenden Text. Altbekannte BefürworterInnen einer zweigliedrigen Schulstruktur, aber auch einige ehemalige (?) Befürworter der Gesamtschule als einer Schule für alle Kinder hatten ihr Plädoyer für eine zweigliedrige Schulstruktur unter der Überschrift: „Schluss mit dem Streit“ gut platziert im redaktionellen Teil ausbreiten können. Diese seltene Veröffentlichung eines privaten Aufrufs als redaktioneller Aufmacher der Bildungsbeilage warf viele Fragen auf, auch die nach dem Ziel des Ganzen. Jedenfalls sah es wie eine konzertierte Aktion von „DIE ZEIT“ und den Unterzeichnenden aus, zumal im Vorfeld des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfes. Denn dort entscheidet der Wahlausgang auch darüber, welche Schulstrukturentscheidungen getroffen werden. Die CDU favorisiert ein Zwei-Säulenmodell. Der Spitzenkandidat der SPD, Michael Naumann, zählt nicht zu den Gesamtschulbefürwortern. Vor seiner aktuellen Funktion als Spitzenkandidat der Hamburger SPD war er Chef der ZEIT. Zufall? Wer weiß.

Viele, die diesen Aufruf lasen, waren auch darüber bestürzt, dass ihn einige ausgewiesene „Gesamtschulleute“ unterzeichnet hatten. Sofort war klar, dass das Angebot der Redaktion, in einem Internetforum dazu Meinungen einstellen zu können, zwar genutzt wurde, aber dies bei Weitem nicht als Reaktion ausreichen würde. Dieses Forum im Internet wurde beschickt. Die dort eingestellten Meinungen deckten ein breites Meinungsspektrum ab. Eine Nachfrage bei der Redaktion ergab, dass es jedoch nicht möglich war, zeitnah an gleicher Stelle eine Position pro eine Schule für alle zu veröffentlichen.

In vielen Gesprächen wurde deutlich: Dann nehmen wir Geld in die Hand! Wenn die Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle Kinder nicht zeitnah und auf gleiche Weise abgedruckt wird, dann muss dies eben per Anzeige erfolgen. So wichtig ist uns unsere Sache schon.

Folgender, in rascher E-Mail-Kommunikation ausgearbeitete Text wurde am darauf folgenden Montag (26.11.) mit der Bitte um Unterschrift verbreitet:

Schluss mit dem Streit – aber nicht so!

In „DIE ZEIT“ Nr. 48 vom 22.11.07 propagieren die UnterzeichnerInnen des Aufrufs eine „Zwei-Wege-Lösung“ mit Gymnasium und einer zweiten Schulform aus Hauptschule, Realschule und Gesamtschule.

Wir sind neugierig:

- Was spricht gegen die Einbeziehung des Gymnasiums in die neue Schulform? Wir finden kein Argument in dem Aufruf.

Wir sind erstaunt:

- Wo bleiben die Sonder- und Förder-schülerInnen? Sie werden verschwiegen und bleiben ausgeblendet.

Wir sind entsetzt:

- Wie soll die soziale Selektion überwunden werden? Die „Zweigliedrigkeit“ erhält die soziale Trennung. Das Hauptproblem des Schulsystems und die damit verbundene Verletzung der Menschenrechte (Munoz) bleiben bestehen.

Dieser ärmliche Vorschlag einer „maßvollen Schulreform“ ist empörend unvollständig hinsichtlich der am meisten Benachteiligten und durchsichtig hinsichtlich der Sicherung von Privilegien. Er löst kein einziges der elementaren Probleme unseres Bildungssystems.

Alle Kinder in optimaler Weise zu fördern erfordert keine aussondernde Pädagogik, sondern eine bestärkende in einer gemeinsamen Schule für alle.

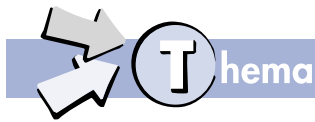
Die vollständige Unterschriftensammlung musste am Freitag, 30.11., 10.00 Uhr bei der „ZEIT“ eingegangen sein, die UnterzeichnerInnen verpflichteten sich zur Mitfinanzierung der Anzeige. Faktisch standen also drei volle Tage zur Sammlung von Unterschriften zur Verfügung. In dieser extrem kurzen Zeit gingen 277 Unterschriften ein, aus fast allen Bundesländern, aus Schulen, Hochschulen, Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen, Parteien, von Einzelpersonen. Auch nach Abschluss der Frist meldeten sich noch Viele, die zu spät von der Aktion erfahren hatten. Ohne Probleme gingen anschließend auch die Zahlungen ein, so dass die Bundesgeschäftsstelle der GGG Anfang Januar die Deckung der Kosten berichten konnte. Es war eine rundum erfolgreiche Sache geworden.

Erfahrungen aus dieser Aktion

Die Reaktionen waren von großer Entschiedenheit und Nachdruck gekennzeichnet: „Ich bin dabei“, „Danke für die Initiative“, „Hier kommen 5 (12 oder gar 20) Unterschriften. Ich sammle weiter.“. Dass so viele der EmpfängerInnen der mail selbst aktiv um Unterschriften warben, ist eine wichtige und sehr bestärkende Erfahrung.

Deutlich wurde, dass inzwischen eine funktionierende Vernetzung der Bewegung besteht. Insbesondere die Initiative Länger gemeinsam lernen diente als Ausgangspunkt der Verbreitung des Aufrufs. Von hier aus wurden Unterschriften gesammelt und der Anzeigentext weiter verbreitet. Ein richtiges Schneeballsystem trat in Funktion. Diese Vernetzung wurde als politische Kraft sichtbar, spürbar.

Die Anzeige wurde breit wahrgenommen und beachtet. Sie wurde anschließend in verschiedenen Mail-Verteilern weiterverteilt, diskutiert, wobei nur eine der Rückmeldungen zitiert sei: Warum muss man für so etwas kämpfen? Ja, das ist die Frage: Warum muss man für so etwas kämpfen? ♦



Was uns der Schulpreis lehrt

von Lothar Sack

Fortsetzung von Seite 1

Man stelle sich das Gedöns der Protagonisten der Zweigliedrigkeit oder gar des noch stärker gegliederten Bildungssystems vor, wenn das Verhältnis umgekehrt wäre. Es wäre der unschlagbare Beweis für die Überlegenheit des gegliederten Systems, für die hervorragende Qualität insbesondere der Schulform Gymnasium, die seine Erhaltung auch bei Abschaffung der Hauptschule und damit die Zweigliedrigkeit zwingend erforderlich machte, während für die unterlegene Schule nur Hohn und Spott übrig wäre. Nun war es aber nicht so. Eigentlich müsste doch dem Bundespräsidenten sowie Bundes- und Länderministern beim Überbringen der Preise die Haare zu Berge gestanden haben, mussten sie doch Schulen – und noch in so großer Zahl – ehren, die es nach ihrer Doktrin eigentlich gar nicht geben dürfte.

Man kann natürlich auf die zugegeben abenteuerliche Idee kommen, dass der deutsche Schulpreis eine Einrichtung ist, die von Vertretern der „einen Schule für alle“ irgendwie „gesteuert“ wird. Aber was sagte das über die den Schulpreis tragenden Institutionen (Robert-Bosch-Stiftung, Heidehof-Stiftung, Stern und Zweites Deutsches Fernsehen) aus? Und die Jury (siehe Kasten) ist in ihrer Gesamtheit ebenso unverdächtig. Und schließlich, denke ich, lassen sich die politischen Größen, die bei den Festakten mitgewirkt haben, auch schwer unter die heimlichen Vertreter eines integrativen Schulsystems verbuchen.

Bleiben noch die sechs Qualitätsbereiche als Auswahlkriterien (Leistung; Umgang mit Vielfalt; Unterrichtsqualität; Verantwortung; Schulklima, Schulleben und außerschulische Partner; Schule als lernende Institution), die hier ebenfalls abge-

druckt sind. Es könnte ja sein, dass sie in besonderer Weise gesamtschulfreundlich sind. Gesamtschulfreundlich sind sie sicher nicht, aber alle im Rahmen der Vorgaben und Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, also letztlich in gleicher Weise gültig für alle Schulen. Eigentlich ist es ja schade, dass die GGG nicht an der Konzipierung des Schulpreises beteiligt war, dann würde z.B. das Auswahlkriterium „Unterrichtsqualität“ wahrscheinlich „Lernkultur“ oder eventuell noch „Lern- und Unterrichtskultur“ heißen. So, wie es gelaufen ist, sind wir aber über jeden Verdacht der Einflussnahme erhaben.

Wenn man denn nicht akzeptieren will, dass Gesamtschulen tatsächlich die besseren Schulen sind, bleibt als Erklärung noch, dass die Jury angesichts eventuell geringer Auswahlmöglichkeiten gar nicht anders entscheiden konnte. Also treiben wir ein bisschen Schulpreisstatistik. Die Tabelle 1 gibt für jedes Wettbewerbsjahr und in Summe die Anzahl der sich bewerbenden Schulen, der nominierten Schulen

und der Preisträger wieder. Das Ganze wird zunächst aufgegliedert nach Bundesländern (wenn sich nicht überall hundert Prozent ergeben, dann ist dies Rundungsfehlern zuzuschreiben):

Also Auswahl gab es genug. Selbst wenn man unterstellt, dass bei der Preisvergabe auch ein gewisser Länderproporz wirksam sein könnte, so hat es doch immerhin zwei Bundesländer gegeben, die in jedem Jahr mit einem Preisträger, also mit bisher je zwei vertreten sind: Hessen und Niedersachsen. Und die bei Pisa hochgelobten Länder Bayern und Sachsen sind bisher leer ausgegangen.

Die Aufgliederung nach Schularten zeigt die Tabelle 2. Die Einteilung und Reihenfolge stammt von der web site des Schulpreises www.deutscher-schulpreis.de. Dazu wird angegeben, wie groß der prozentuale Anteil der Schularten in der jeweiligen Auswahlstufe war.

Ja, das ist ja nun interessant. Dann muss es wohl doch daran liegen, dass unter den Gesamtschulen die besten Schulen zu finden sind. Wenn man etwas nachrechnet, dann hat eine teilnehmende Gesamtschule eine etwa 17-mal so große Chance, einen Preis zu bekommen wie ein Gymnasium. Und wenn man die Gesamtschule als Gegenentwurf zum gegliederten System insgesamt sieht, erhöht sich die Chance auf das 20-fache. Also wenn es sich für eine

		BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	Sum.
2006	Teilnehmer	72	48	23	20	12	9	27	28	35	85	15	7	32	17	10	30	470
		15%	10%	5%	4%	3%	2%	6%	6%	7%	18%	3%	1%	7%	4%	2%	6%	100%
	nominiert	3	1	2	1	1	2	1		1	3			1			2	18
		17%	6%	11%	6%	6%	11%	6%		6%	17%			6%			11%	100%
	Preisträger						1	1		1	1						1	5
							20%	20%		20%	20%						20%	100%
2007	Teilnehmer	21	11	8	7	1	1	6	9	20	41	12	4	3	10	7	9	170
		12%	6%	5%	4%	1%	1%	4%	5%	12%	24%	7%	2%	2%	6%	4%	5%	100%
	nominiert	2		1	2	1		1		3						1		10
		20%		10%	20%	10%		10%		30%						10%		100%
	Preisträger	1		1	1			1		1								5
		20%		20%	20%			20%		20%								100%
Sum.	Teilnehmer	93	59	31	27	13	10	33	37	55	126	27	11	35	27	17	39	640
		15%	9%	5%	4%	2%	2%	5%	6%	9%	20%	4%	2%	5%	4%	3%	6%	100%
	nominiert	5	1	3	3	1	2	2		4	3			1		1	2	28
		18%	4%	11%	11%	4%	7%	7%		14%	11%			4%		4%	7%	100%
	Preisträger	1		1	1		1	2		2	1						1	10
		10%		10%	10%		10%	20%		20%	10%						10%	100%

Tabelle 1: Teilnahme am Deutschen Schulpreis nach Bundesländern

		Grund- schulen	Gymna- sien	Kombi- nierte Schulen	Förder- schulen	Gesamt- schulen	Real- schulen	Haupt- schulen	Summe
2006	Teilnehmer	137 29%	110 23%	78 17%	44 9%	58 12%	29 6%	14 3%	470 100%
	nominiert	4 22%	2 11%	2 11%	2 11%	5 28%	1 6%	2 11%	18 100%
	Preisträger	1 20%	0	0	0	4 80%	0	0	5 100%
2007	Teilnehmer	42 25%	35 21%	28 16%	25 15%	16 9%	12 7%	12 7%	170 100%
	nominiert	1 10%	3 30%	1 10%	1 10%	4 40%	0	0	10 100%
	Preisträger	0	1 20%	0	1 20%	3 60%	0	0	5 100%
Sum.	Teilnehmer	179 28%	145 23%	106 17%	69 11%	74 12%	41 6%	26 4%	640 100%
	nominiert	5 18%	5 18%	3 11%	3 11%	9 32%	1 4%	2 7%	28 100%
	Preisträger	1 10%	1 10%	0	1 10%	7 70%	0	0	10 100%

Tabelle 2

Schulart lohnt, am deutschen Schulpreis teilzunehmen, dann für Gesamtschulen.

Spannend ist nun die Frage, ob man plausible Gründe finden kann, weshalb Gesamtschulen mit diesem starken Übergewicht unter den qualitativ besten Schulen in Deutschland zu finden sind. Für die Befürworter der „einen Schule für alle“ gibt es hierauf eine klare Antwort: Die integrative Schulstruktur ist eben ein Faktor, der eine anerkennende, fördernde und nicht aussortierende Pädagogik begünstigt, ja zum Teil erst nachhaltig möglich macht. Die integrative Struktur garantiert zwar nicht die gute Schule, ist aber eine notwendige Bedingung dafür. Diesen auf der Hand liegenden Zusammenhang sollten die Befürworter des zwei- oder mehrfach gegliederten Systems sich mindestens als Arbeitshypothese überlegen. Wie weit sie davon entfernt sind, zeigen Aussagen von Manfred Prenzel, dem derzeitigen deutschen Pisa-Koordinator und Mitglied der Schulpreis-Jury, wonach sinngemäß die Idee der Gesamtschule gegen die Wand gefahren sei und der sich u.a. im Aktionsrat Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft vehement für ein zweigliedriges Schulsystem einsetzt.

Es gibt noch einen Hinweis, über den nachzudenken nicht nur lohnt, sondern dringend erforderlich ist. Die hier ausge-

zeichneten Schulen müssten doch Vorbild für die anderen sein, ihnen Anregungen geben, wie man eine bessere Schulpraxis machen kann. Die Kultusministerien müssten doch eigentlich interessiert daran sein, die gute Schule zum Normalfall zu machen und den Schulen den Weg dahin ebnen. Wenn man sich über die Preisträgerschulen näher informiert, dann gibt es keine, die 100-prozentig nach den von den Kultusministerien erlassenen Regeln funktioniert. Einige mussten sich ihre Praxis z.T. sogar subversiv gegen ein im besten Fall skeptisches Kultusministerium erkämpfen und erstreiten. Das betrifft ihre Schulstruktur, das betrifft Änderungen der Stundentafel, etwa um Freiarbeit zu ermöglichen, das betrifft abweichende Beurteilungsformen, das betrifft einen phantasievollen Umgang mit der äußeren Leistungsdifferenzierung bis hin zur Jahrgangsmischung, das betrifft einen ebenso phantasievollen Umgang mit dem Wahlpflichtbereich, das betrifft die Einrichtung vieler freiwilliger Angebote, für die in der „Normalschule“ schlicht das Geld nicht da ist, das betrifft die Anwesenheit der Lehrer in der Schule, das betrifft ihre Teamarbeit, das betrifft endlose Streitereien mit den zuständigen Bauämtern und vieles andere mehr. Das Maximum, was diese Schulen erreicht haben, ist eine faktische und rechtliche Absicherung ihrer Praxis als Sonderfall. Sie gelten als Sonderlinge.

Eine „Beeinträchtigung“ der „Normalschule“ ist nicht in Sicht, obwohl viele der Preisträgerschulen schon seit Jahrzehnten in ihrer jetzigen, veränderten Form arbeiten. Offensichtlich verhindern die für den „Normalfall“ geltenden Vorschriften die qualitativ gute Schule, mindestens aber fördern sie sie nicht. Das ist ebenso ein Skandal unseres Bildungssystems wie seine soziale Schieflage.

Jurymitglieder

Drs. Johan C. van Bruggen, Prof. Dr. Hannelore Faulstich-Wieland, Prof. Dr. Peter Fauser, Prof. Dr. Eckhard Klieme, Prof. Dr. Jürgen Oelkers, Prof. Dr. Manfred Prenzel, Enja Riegel, Dr. Erika Risse, Prof. Dr. Michael Schratz, Dr. Otto Seydel, Prof. Dr. Erich Thies

Auswahlkriterien

Die Bewertung umfasst sechs Qualitätsbereiche. Schulen, die sich um den Deutschen Schulpreis bewerben, müssen in allen Bereichen gut und mindestens in einem Bereich weit überdurchschnittlich abschneiden:

Leistung

Schulen die – gemessen an ihrer Ausgangslage – besondere Schülerleistung in den Kernfächern (Mathematik, Sprachen, Naturwissenschaften), im künstlerischen Bereich (z.B. Theater, Kunst, Musik oder Tanz), im Sport oder in anderen wichtigen Bereichen (z.B. Projektarbeit, Wettbewerbe) erzielen.

Umgang mit Vielfalt

Schulen, die Mittel und Wege gefunden haben, um produktiv mit den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen und Leistungsmöglichkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler – kulturelle und nationale Herkunft, Bildungshintergrund der Familie, Geschlecht – umzugehen; Schulen, die wirksam zum Ausgleich von Benachteiligungen beitragen; Schulen, die das individuelle Lernen planvoll und kontinuierlich fördern.

Unterrichtsqualität

Schulen, die etwas dafür tun, dass die Schüler selbst die Verantwortung für ihr Lernen übernehmen können; Schulen, die ein erfahrungs- und praxisorientiertes Ler-

nen auch unter Einbezug außerschulischer Lernorte ermöglichen; Schulen, die den Unterricht und die Arbeit von Lehrern mit Hilfe neuer Erkenntnisse kontinuierlich verbessern.

Verantwortung

Schulen, in denen die Prinzipien und Formen eines achtungsvollen Umgangs miteinander, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktlösung und der sorgsame Umgang mit Sachen nicht nur postuliert, sondern gemeinsam vertreten und praktisch geltend gemacht werden; Schulen, die Mitwirkung und demokratisches Engagement, Eigeninitiative und Gemeinsinn im Schul- und Unterrichtsalltag und über die Schule hinaus tatsächlich fordern und umsetzen.

Schulklima, Schulleben und außerschulische Partner

Schulen, die durch ein gutes Klima und reges Schulleben dafür sorgen, dass Schüler, Lehrer und Eltern gern in die Schule gehen; Schulen, die pädagogisch fruchtbare Beziehungen zu außerschulischen Personen und Institutionen sowie zur Öffentlichkeit pflegen.

Schule als lernende Institution

Schulen, die neue und ergebnisorientierte Formen der Zusammenarbeit des Kollegiums, der Führung und des Managements etabliert haben und die Motivation und Professionalität ihrer Lehrer planvoll fördern; Schulen, die die Bewältigung der Stofffülle, die Verbesserung des Lehrplans, die Organisation und Evaluation des Schulgeschehens als eigene Aufgaben der Schule ansehen und daran selbständig und nachhaltig arbeiten.

Preisträger 2007

Sie wurden am 10. Dezember 2007 in Berlin als ausgezeichnet.

Hauptpreisträger

Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim
Preisträger
 Friedrich-Schiller-Gymnasium in Marbach
 Carl-von-Linné-Schule in Berlin
 Montessori-Oberschule in Potsdam
 Helene-Lange-Schule in Wiesbaden

Laudatio Robert-Bosch-Gesamtschule, Hildesheim

Die Robert-Bosch-Gesamtschule besticht durch herausragende Qualitäten auf den

wesentlichen Feldern. Das pädagogische Klima ist beeindruckend. Die Schule ist sehr groß, und doch fühlen Schüler und Lehrer sich zu Hause. Jeder spürt: „Auf mich kommt es an.“

Bei der Ausgestaltung als Ganztagschule setzt die Robert-Bosch-Gesamtschule Maßstäbe. Vormittag und Nachmittag, Unterricht und Projekte, Breiten- und Spitzenförderung, Eltern, Lehrer und außerschulische Experten, Wettbewerbe, Feste und öffentliche Aktionen sind hier in einer wohldurchdachten Choreografie aufeinander abgestimmt. Schülerinnen und Schüler erreichen allgemein hohe und exzellente Leistungen, besonders aber in Biologie, wo preisgekrönte Schülerforschung und praktische Umweltverantwortung Hand in Hand gehen. Durch ein beispielgebendes Betriebsmanagement, durch demokratische Führung und kontinuierliche Qualitätskontrolle hat sich die Schule aus einer schweren Krise befreit. Heute übersteigen die Bewerbungen die vorhandenen Schülerplätze bei weitem, und das in einem hochkonkurrenten Feld angesehener privater Gymnasien. Zukunftsweisend als pädagogisches Unternehmen mit einer auch für sehr gute Schulen ungewöhnlichen Entwicklungsdynamik, bietet die Robert-Bosch-Gesamtschule ihren Kindern und Jugendlichen bestmögliche Chancen für eine zukunftsfeste Bildung.

Laudatio Helene-Lange-Schule, Wiesbaden

Wie nur wenige Schulen hat die Helene-Lange-Schule zur Modernisierung unseres Erziehungsdenkens beigetragen: mit ihrer exzellenten pädagogischen Arbeit und ihrem Ideenreichtum, mit ihren provozierenden Impulsen sowie mit ihrer fachlichen und öffentlichen Präsenz. Ihr Bildungskonzept ist zugleich praktisch und verständnisintensiv. Es umfasst forschendes Lernen und handwerkliche Arbeit, demokratisches Engagement im eigenen Haus und weltweit, künstlerische und theatrale Arbeit, die ihresgleichen sucht und Jugendlichen zu sich selbst befreit – zu ihrer Kreativität und zur Leidenschaft für eine Sache. Die Schule vermittelt nicht nur verlässliches Wissen, sondern Kompetenzen – und

das nicht erst, seit alle Welt von Kompetenzen spricht. Individuelle Lernförderung, Berufsorientierung, Schüleraustausch, soziale und ökologische Patenschaften sind ebenso selbstverständlich wie regelmäßige wissenschaftliche Evaluation und professionelle Führung. Das urbane Schulleben achtet, bindet und fordert alle Beteiligten wie Bürgerinnen und Bürger eines zivilen Gemeinwesens. Leistung, Mündigkeit, Verantwortung: Das sind für die Helene-Lange-Schule keine abgehobenen Ideen, sondern lebensgestaltende Werte, die sich im Wechselspiel von Verstehen und verständigem Handeln bilden

Laudatio Montessori-Oberschule, Potsdam

Die Montessori-Oberschule in Potsdam ist heute eine Reformschule mit überregionaler Ausstrahlung. Sie hat sich nach dem Ende der DDR in einer großen gemeinschaftlichen Anstrengung der Eltern und Lehrkräfte von ideologischem Zwang und pädagogischer Verwahrlosung befreit. Mit Maria Montessori bilden Freiheit und Disziplin für sie nicht Gegenpole, sondern korrespondierende Elemente der Erziehung. Das prägt die Schule. Sie bietet Kindern und Jugendlichen eine Umgebung, die ihr Lernen anregt, freisetzt und lenkt, die dazu herausfordert, die eigenen Leistungsgrenzen auszumessen und eigene Interessen zu verfolgen und die so zu immer größerer Selbstständigkeit verhilft. Dass jedes Kind anders lernt, weiß hier jedes Kind. Die schuleigenen Lernpläne, Materialien und Sozialformen, die hilfreiche Einteilung von Zeiten und Räumen, die belebende Wechselwirkung zwischen Lernformen und Lernorten innerhalb und außerhalb der Schule, verdanken sich anhaltender Qualitätsentwicklung und professioneller Selbstkontrolle. Kinder und Jugendliche, die ihren eigenen Lernprozess mit positiver Spannung organisieren, Eltern, die verantwortungsbewusst ihre Kinder begleiten, Lehrerinnen und Lehrer, die assistieren statt zu kritisieren und eine Schulleitung, die nach innen und außen stärkt und profiliert – das ist die Montessori-Oberschule Potsdam. ♦



Das HT-Konzept (heterogene Tischgruppen) der IGS Koblenz-Pollenfeld

von Michael Jost

Die IGS Koblenz-Pollenfeld ist eine der drei rheinland-pfälzischen Gesamtschulen, die am Modellversuch „Integrierte Leistungsdifferenzierung“ teilnimmt. Ziel des Modellversuches ist es, die äußere Fachleistungsdifferenzierung zugunsten einer integrierten Leistungsdifferenzierung abzulösen. Die nun vorliegenden ersten Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung belegen, dass das Konzept trotz einer Mehrbelastung für die Kollegen von allen Beteiligten als lohnend angesehen wird.

Zum Schuljahresende gab es für Jacqueline M. gleich doppelten Grund zur Freude. Die 8-Klässlerin hat sich im Fach Deutsch nicht nur um eine Note verbessert, sondern wurde zudem in den Erweiterungskurs-Kurs höhergestuft. Dennoch muss sie nicht ihre Lerngruppe wechseln, sondern kann weiter mit ihren Mitschülern lernen. Möglich macht es der Verzicht auf eine äußere Differenzierung, der es Grund- und Erweiterungskurschülern erlaubt, in stabilen Lerngruppen möglichst lange von- und miteinander zu lernen. Wie dieses System funktioniert, zeigt der folgende Bericht aus der Praxis.

Die IGS Koblenz hat aufgrund von Erfahrungen beim Aufbau der Schule ab 1998 (Neugründung der IGS am Standort der ehemaligen Hauptschule) und im Kontext von Ergebnissen internationaler Vergleichsstudien (Überlegenheit der Länder mit individuell fördernden integrierenden Systemen) nach Wegen gesucht, dem schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag angesichts der Heterogenität ihrer Schülerschaft in einem höheren Maße gerecht zu werden. Seit dem Schuljahr 1999/2000 hat eine Steuergruppe mit der Vorbereitung des derzeitigen Differenzierungsmodells begonnen, dessen

Umsetzung in der Gesamtkonferenz vom 12. Juni 2003 beschlossen wurde. In dem Schulversuch soll vor allem die Individualität und Begabungsvielfalt von Schülern konstruktiv aufgegriffen werden, indem auch in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch, in denen bisher eine äußere Leistungsdifferenzierung vorgesehen ist, Schüler gemeinsam unterrichtet werden. Das gemeinsame Arbeiten und Lernen wird in sog. „heterogenen Tischgruppen“ als Kristallisationspunkt sozialer Beziehungen innerhalb der Lerngruppen vorbereitet, unterstützt und begleitet. Die Anforderungen an die Bewertung von Schülerleistungen orientieren sich dabei weiterhin an zwei Leistungsniveaus, den G- und E-Kursen, denen die Schüler fest zugewiesen werden. Differenzierte Arbeitspläne und Lernmaterialien tragen zum Gelingen des individualisierten und selbstgesteuerten Lernens in den heterogenen Tischgruppen bei und sollen jeden Schüler zu dem für ihn individuell höchstmöglichen Abschluss führen.

Die heterogenen Tischgruppen

Die IGS Koblenz nimmt alle Klassen in ihrer Heterogenität an und verzichtet auf



Arbeiten in der Tischgruppe

jede Selektion. Hintergrund ist die Überzeugung, dass gemeinsames Lernen unterschiedlich begabter Schüler möglich ist und allen Beteiligten Vorteile bringt. So werden in der IGS Koblenz, beginnend mit der Klasse 5, Tischgruppen gebildet, in denen jeweils vier unterschiedlich begabte Schüler mit- und voneinander lernen. Während des ersten Halbjahres werden verschiedene Zusammensetzungen der Tischgruppen erprobt. In engem Austausch mit den Fachlehrern setzen Klassenleiter und Co bis zum zweiten Halbjahr Tischgruppen zusammen, die sich als arbeitsfähig erwiesen haben. Diese heterogenen Tischgruppen bleiben in dieser Zusammensetzung möglichst bis zum Ende der Schulzeit stabil.

Aktuelle Ergebnisse der Hirnforschung und Neurodidaktik stützen die Einrichtung derartiger stabiler Lerngruppen. So betont Sachser (in Herrmann: Neurodidaktik), dass Neugier als Voraussetzung für Lernen vorrangig in sog. „entspannten Feldern“ stattfindet, die sich vor allem durch ein Gefühl der Sicherheit kennzeichnen. Die stabile Lernumgebung der heterogenen Tischgruppen kann dazu beitragen, im Unterricht solche entspannten Felder zu schaffen. Zudem erscheint gerade die Gruppenarbeit als die zurzeit geeignetste Sozialform, um eigenverantwortliches Lernen und Individualisierung in heterogenen Gruppen zu fördern:

„Lernen ist ein Kommunikationsprozess, mithin am erfolgreichsten in und durch Gruppen, die für sich selbst verantwortlich sind. Lernen in der Gruppe

ermöglicht zugleich optimale Individualisierung, weil jeder auf seine Weise und nach seinen Kräften für sich und andere wahrnehmbar zum Gruppenerfolg beitragen kann.“
(Ulrich Herrmann: Gehirngerechtes Lehren und Lernen. S. 14. In: Neurodidaktik. 2006)



IGS Koblenz

Aus heutiger Sicht, nach fünfjähriger Erfahrung mit der Arbeit in heterogenen Gruppen in Mathematik, Englisch und Deutsch, haben sich mehrere Faktoren als Anker herausgebildet, ohne die eine erfolgreiche Arbeit nicht möglich ist. In den Klassen 5 und 6 müssen die Schüler zunächst zu verstärkter Selbstständigkeit angeleitet werden und kooperatives sowie eigenverantwortliches Arbeiten in kleinen Gruppen trainieren. Dafür erhalten die Tischgruppen ein regelmäßiges Tischgruppentraining (TGT). Hier erfahren die Schüler die Notwendigkeit von Regeln und lernen, sich als Gemeinschaft zu begreifen und Probleme gemeinsam zu lösen. Zusammen mit dem Klassenleiter durchläuft jede Tischgruppe verschiedene Trainingsbausteine, die das Arbeiten im Team optimieren soll. Das TGT bildet so die Grundlage der Entwicklung von Teamarbeit und Kooperationsfähigkeit, von gegenseitiger Toleranz und Rücksichtnahme. Ergänzt wird das TGT durch EvA-Unterricht (eigenverantwortliches Arbeiten), in dem die Schüler lernen, zunehmend selbstständig ihre „handwerklichen Fähigkeiten“ zu entwickeln: Texte erschließen, Tabellen gestalten, Arbeitsprozesse organisieren, Präsentationstechniken, etc. Aus jahrelanger Erfahrung sind hierfür schulinterne Arbeitspläne und Materialsammlungen entstanden.

Die HT-Kurse

Bildung der HT-Kurse

Nach der Förderung emotionalen Wachstums innerhalb der Tischgruppen in 5/6 bildet ab Stufe 7 verstärkt das Fachlernen auf zwei unterschiedlichen Niveaus (G- und E-Kurse) einen besonderen Schwerpunkt. Es werden drei heterogene Lerngruppen, die sog. HT-Kurse, aus den Klassen a/b und drei aus den Klassen c/d gebildet. Aus den 4 Klassen entstehen so 6 Kurse. Damit wird eine Verkleinerung der Lerngruppen von ca. 28 auf 16 bis 22 Schüler erreicht. Dies ermöglicht dem Lehrer, als Begleiter im Lernprozess stärker auf den einzelnen Schüler einzugehen. Diese Kurse werden zunächst für Mathematik und Englisch in der Klasse 7 gebildet. In Klasse 8 kommen noch Deutsch und Chemie hinzu. Somit finden in Klasse 7 acht und ab Klasse 8 vierzehn Unter-

richtsstunden in dieser kleinen „festen“ Lerngruppe statt. Statt einer gleichmäßigen Aufteilung der 4 Klassen auf 6 Lerngruppen wird ein Modell aus 4 Klassen und zwei Mischgruppen gewählt. Der „Vorteil“ der Klassengruppen, in größerer Kontinuität zu arbeiten, wird dadurch ausgeglichen, dass die Mischgruppen nur mit jeweils zwei Vierer-Tischgruppen aus den beiden Klassen a/b oder c/d besetzt werden und höchstens 16 Schülerinnen umfassen.

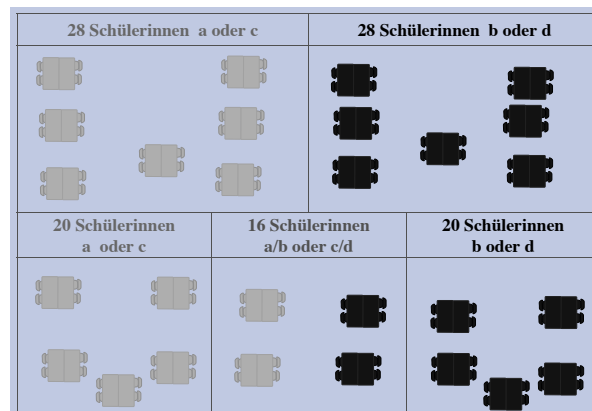
Jede Mischgruppe hat einen eigenen Raum mit eigenem Klassen-/Kursbuch für alle gemeinsamen Stunden – Ausnahme ist Chemie, dieser Unterricht findet ohne Leistungsdifferenzierung im Fachraum statt – während die Klassengruppe im jeweiligen Klassenraum bleibt. Die Kurseinteilung nehmen Klassenleiter und Co vor. Hierbei ist es wichtig, die Schüler über die Einteilungsvorhaben im Klassenrat zu informieren, die Kriterien transparent zu machen und ihre Meinungen zu hören. Die Eltern werden ebenfalls umfassend informiert. Dazu wird ein Elternabend am Ende der Stufe 6 durchgeführt. Bis dahin sollte die Zuteilung zu den HT-Kursen vorgenommen sein. Bei Bedarf werden auch Einzelgespräche mit den Eltern geführt.

Grund- und Erweiterungskursschüler lernen zusammen

Aufgrund des bewussten Verzichts auf eine äußere Fachleistungsdifferenzierung lernen in den HT-Kursen Grund- und Erweiterungskursschüler gemeinsam. Grundlage für die Einstufung in G- oder E-Kurse bilden drei Kompetenzbereiche:

1. Fachliche Kompetenzen

Die zu erbringenden fachlichen Leistungen bilden den Schwerpunkt für die Einstufung. Sie orientieren sich an den Erwartungshorizonten bzw. an den Bildungsstandards. Sie werden für das Erweiterungsniveau formuliert und erfordern ein abstrahierendes Denken und Transferleistungen. Nach mehrjähriger Erfahrung mit



der Arbeit in heterogenen Gruppen haben die Fachschaften Deutsch, Mathematik und Englisch im Schuljahr 2006/07 an den Bildungsstandards orientierte fachliche Kriterien zur Ein- und Umstufung die Erweiterungskurse eingehend erörtert und einstimmig verabschiedet. Mit diesen Einstufungskriterien wurde das Maß an Transparenz zur Ein- und Umstufung für alle Beteiligten deutlich erhöht.

2. Kompetenzen bezüglich der Lern- und Arbeitshaltung

Die Leistungsentwicklung wird zu einem nicht geringen Teil von Haltungen bzw. Einstellungen beeinflusst, die sich im Lern- und Arbeitsverhalten zeigen. Als Zielvorstellung wird hier das Erreichen der Selbstständigkeit im Lernprozess angesehen. Drei Kategorien sollen den Kollegen die Beobachtungen erleichtern:

- Arbeitsorganisation (sorgfältig, zügig, mit adäquater Zeiteinteilung, saubere und übersichtliche Heftführung, ...)
- Leistungsbereitschaft (Konzentrationsfähigkeit, Durchhaltevermögen, Anstrengungsbereitschaft, Belastbarkeit, Zielstrebigkeit, ...)
- Eigenverantwortung (Interesse, Eigeninitiative, Kritikfähigkeit, ...)

3. Kompetenz im Umgang mit methodischen Strategien

Um den höheren Anforderungen der E-Kurse zu genügen, müssen die Schüler die im EvA-Unterricht vermittelten und immer wieder im Fachunterricht angewendeten methodischen Strategien zum selbstständigen und eigenverantwortlichen Lernen möglichst sicher beherrschen.

Leistungsbewertung

Die vielfältigen Differenzierungsmöglichkeiten finden ihre logische Fortsetzung bei Lernkontrollen, die für Schüler der E-Kurse ein höheres Anspruchsniveau aufweisen. Schüler des G- und E-Kurses schreiben zwar in der Regel Klassenarbeiten zum selben Thema, E-Kurs-Schüler erhalten jedoch bspw. umfangreichere und/oder komplexere Aufgabenstellungen, Texte mit einem höheren Schwierigkeitsgrad, längere Diktattexte mit syntaktisch und lexikalisch anspruchsvollerem Schlussteil. Eine andere



Form der Differenzierung besteht darin, dass G-Kurs-Schüler Hilfsmittel (Formulierungshilfen, Lexika, etc.) nutzen dürfen, auf die Schüler des E-Kurses verzichten müssen.

Umstufungen

Umstufungen in G- und E-Kurs sind jederzeit zum Halbjahr möglich. Dabei gelten dieselben Kriterien wie bei der Ersteinstufung. Umstufungen erfolgen in der Regel auf Vorschlag der Fachlehrer. Eine ausführliche Beratung erfolgt vor der Zeugniskonferenz. Entscheidender Vorteil für die Schüler ist sicherlich die Tatsache, dass sie auch bei Umstufung in ihrem HT-Kurs und in ihrer Tischgruppe verbleiben. Sie haben somit auch keinen Lehrerwechsel und müssen sich nicht in ein neues Sozialgefüge einfinden.

HT-Lehrerinnen-Team

Um die gewachsene Arbeitsbelastung aufzufangen, arbeiten die Lehrer verstärkt in Fachstufenteams. Im Zentrum steht die Planung von differenzierten Unterrichtseinheiten. Die Abläufe der HT-Treffen

sind inzwischen stark ritualisiert und folgen dem im Kasten unten nachstehenden Muster:

Wissenschaftliche Begleitung

Das HT-Konzept wurde von Beginn an wissenschaftlich begleitet – zurzeit unter der Führung von Professor Dr. Krawitz der Universität Koblenz und seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern Andreas Berg und Sebastian Kronisch. Zu Beginn des Jahres 2007 fand eine breit angelegte Befragung von Lehrern Schülern der Stufen 7 und 9 und deren Eltern statt. Die Ergebnisse der Befragung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Wichtige Ergebnisse der Befragung Schülerinnen der Stufen 7/9

Die Kurszuteilung wird überwiegend als gerecht empfunden, die Schüler fühlen sich richtig eingeschätzt.

- Der Wert für die Zufriedenheit mit der Zuteilung liegt bei einer Skala von 1 für geringe Zufriedenheit bis 7 für hohe Zufriedenheit mit 4,7 (Stufe 7) bzw. 5,3 (Stufe 9) nur knapp über dem Mittelwert von 4
- Der Wert für Zufriedenheit mit dem Unterricht liegt ebenfalls nicht deutlich über dem Mittelwert.
- Die Schüler arbeiten lieber in Gruppen. → Eine Präferenz für Gruppenarbeit wird u.a. mit der Möglichkeit zu gegenseitiger Hilfe und dem Hören verschiedener Meinungen begründet.
- Die Zusammenarbeit beider Niveaus wird vor allem als positiv für den G-Kurs erkannt.

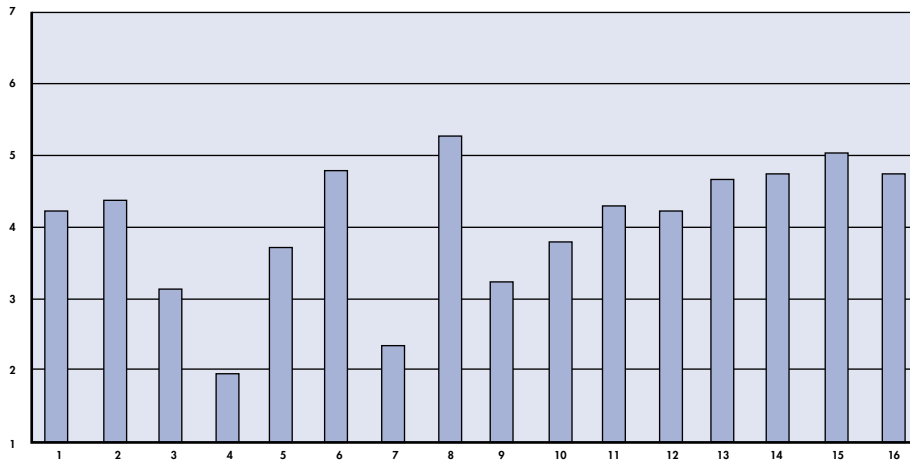
Phase/Zeit	Inhalt
1. Phase 10 Min.	Rückblick auf letzte Unterrichtseinheit Bewertung der gewählten Methode, der Anforderungen an G- und E-Kurs und der Klassenarbeiten, Rückmeldungen zu Material und Klassenarbeiten in ein Formblatt eintragen, eventuell Ergänzungen des Arbeitsplans in Absprache mit dem Fachkonferenzsprecher
2. Phase 30 Min.	Vorbereiten der neuen Unterrichtseinheit Kompetenzraster erstellen mit Unterscheidung E- /G-Kurs, Sichtung des Materials (neue Aufgabenkultur beachten), Hinweise aufnehmen, Einigung auf Differenzierungsmethoden, Verteilung von Aufgaben bei der Erstellung neuen Materials
3. Phase 15 Min.	Absprache über die Klassenarbeit Termin festlegen, Aufgabenstellungen und Bewertungskriterien entwickeln (Das muss keine totale Parallelität bedeuten; individuelle Klassenarbeiten sind fast immer möglich. Ausnahme: Parallelarbeit in 5 und 7)
5 Min.	freiwillig: Jammern und Wehklagen über Schüler, Kollegen, Gott und die Welt

Wichtige Ergebnisse der Befragung der Eltern der Stufen 7

- Die Anzahl der Antworten in Stufe 9 war zu gering, um repräsentativ zu sein.
 - Die Eltern der Klassenstufe 7 finden die Kurszuteilung ihrer Kinder gerecht.
 - Mehr als zwei Drittel der Eltern glauben, dass die Tischgruppen einen fairen Umgang der Schüler miteinander fördern.
 - Gründe für die damalige Anmeldung an der IGS waren der gute Ruf der Schule, das Schulkonzept sowie bessere Bildungschancen und eine individuelle Förderung.
- Fast alle Eltern würden ihr Kind abermals an der IGS Koblenz anmelden!

Wichtige Ergebnisse der Befragung der Lehrer

Die Werte für Zufriedenheit mit dem HT-Konzept gehen bei einer Skala von 1 für geringe Zufriedenheit bis 7 für hohe Zufriedenheit nicht sehr deutlich über den Mittelwert von 4 hinaus. Das folgende Säulendiagramm zeigt die Ergebnisse der Befragung in stark verkürzter Form:



1. Vorher EvA und TGT kennen gelernt
2. Vorher selbst EvA und TGT betreut
3. Gut auf HT vorbereitet
4. Mehrbelastung
5. Mehrbelastung wird aufgefangen
6. Mehrbelastung, HT lohnt trotzdem
7. Entlastung
8. Lernen in HT erfolgreicher G-Kurs
9. Lernen in HT erfolgreicher E-Kurs
10. Genug Methodenkompetenz aus 5/6
11. Befürwortung vorher

12. Befürwortung kurz nachher
13. Befürwortung jetzt
14. Arbeitsbedingungen gut
15. Lernbedingungen gut
16. HT fortführen

Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das HT-Konzept zwar zu einer deutlichen Mehrbelastung der Kollegen führt, da jede Einzelstunde differenziert für G- und E-Kurs-Schüler vorbereitet werden muss. Noch nicht zufrieden stellend sind zudem die Ergebnisse für Schüler der E-Kurse, die sich laut Umfrage noch zu häufig von den G-Kurs-Schülern „ausgebremst“ fühlen und einer intensiveren Forderung bedürfen. Entsprechende Förderkurse gerade für leistungsstarke Schüler werden bereits im kommenden Schuljahr eingerichtet.

Dennoch wird das HT-Konzept mehrheitlich als lohnend empfunden. Ursächlich dafür sind sicherlich die kleineren Lerngruppen, motiviertere Schüler und der Umstand, dass leistungsschwache Schüler deutlich von diesem System pro-

fitieren und so zu höheren Abschlüssen geführt werden können. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Zum einen werden leistungsschwächere Schüler von leistungsstärkeren Schülern mitgezogen. G-Kurs-Schüler sehen im HT-Kurs, was E-Kurs-Schüler leisten müssen. Nicht selten fragen G-Kurs-Schüler von sich aus nach, ob sie auch die Aufgaben des E-Kurses haben können oder versuchen sich eigenständig an den Aufgaben des

E-Kurses. Um es bildlich auszudrücken: G-Kurs-Schüler sehen im integrierten Unterricht, wie hoch die Wurst des E-Kurses hängt und schnappen – wenn sie denn erreichbar scheint – nach ihr. Erwischt ein G-Kurs-Schüler einmal einen Happen dieser Wurst und findet Geschmack an ihr, ist der Hunger nach mehr geweckt. So überrascht es nicht, dass viele Schüler der IGS Koblenz einen höheren Abschluss erreichen, als es die Grundschullempfehlung zunächst erwarten ließ. Jährlich werden ca. 30% unserer Schüler in die Stufe 11 versetzt (obwohl weitaus weniger gymnasial empfohlene Schüler angemeldet wurden), die es an der IGS Koblenz zurzeit noch nicht gibt. Am 5.7.2007 sprach sich der Schulträger – nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Schulgemeinschaft und vieler interessierter Eltern – jedoch einstimmig für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der IGS Koblenz aus, deren Einrichtung für das Schuljahr 2008/09 geplant ist. Dann kann vielleicht auch die eingangs erwähnte Schülerin Jacqueline M. als eine der ersten Schülerinnen der IGS Koblenz an ihrer Schule ihr Abitur machen. ♦

Die GGG ist Gründungsmitglied der Initiative „Länger gemeinsam Lernen“

Ihr gehören inzwischen 19 Verbände an!

Gemeinsame Schule für alle für die Dauer der Pflichtschulzeit

„Eine gemeinsame Schule für alle muss eine Schule sein, die Verschiedenheit respektiert und nicht von allen das Gleiche verlangt, sondern jedes einzelne Mädchen und jeden einzelnen Jungen in seiner Gesamtentwicklung unterstützt und dafür sorgt, dass beim miteinander und voneinander Lernen individuelle Fähigkeiten und soziale Kompetenzen optimal entwickelt werden können“

<http://www.laenger-gemeinsam-lernen>.

Hauptausschuss tagte in Unna

(whv) Der Hauptausschuss hat in der Novembersitzung 2007 unter anderem

- den Bundeskongress in Saarbrücken ausgewertet und festgestellt, dass sich der regionale Bezug (Fortbildungsangebote für Kollegien beziehungsweise Teilkollegien der Umgebung, Einbinden der Gesamtschulen aus der Region) bewährt hat, dass aber auch bundesweite Signale gesetzt werden sollten. Wichtig ist es auch, den Termin mit anderen Veranstaltern abzustimmen, um Überschneidungen zu vermeiden. Das soll hinsichtlich des Bundeskongresses 2009 (40 Jahre GGG) in der Max-Brauer-Schule in Hamburg beachtet werden.
- den Bundesvorstand beauftragt, auf Grundlage der inhaltlichen Diskussion im Haupt-

ausschuss ein Thesenpapier zu erstellen, in dem die Schule beschrieben wird, für die die GGG entsteht. Die Grundsätze sollen in der März-Sitzung 2008 für die Diskussion in den Landesverbänden verabschiedet und von der Mitglieder-

versammlung im November 2008 beschlossen werden.

- dem BV empfohlen, in Abstimmung mit den jeweiligen Landesverbänden, mit den *Gemeinschaftsschulen* in Schleswig-Holstein und den *Oberschulen* in Brandenburg Kontakt aufzunehmen. Die GGG sollte sich als Berater und Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Die Unterstützung der neuen Schulen wird vor Ort durch die Landesverbände stattfinden. Bedingung sollte sein: die Schule ist für alle Kinder offen und schließt keinen Bildungsgang aus. ♦



Mitglieder des GGG-Hauptausschuss

Wichtige Termine, bitte notieren!

wann	was	wo	info
01.03.2008	Gesamtschultag LV Hessen	Kassel-Waldau	www.ggg-hessen.de
08./09.03.08	Hauptausschuss	Unna	
26./27.09.08	Norddeutscher Kongress	Peine	
14./15.11.08	Hauptausschuss	Herford	
15.11.2008	Fachtag „Klasseninterne Differenzierung“	Herford	
15.11.2008	Mitgliederversammlung (Bund)	Herford	
25./27.09.2009	Bundeskongress 40 Jahre GGG	Hamburg	

Richtigstellung

(whv) In der vorigen Ausgabe veröffentlichten wir ein Bild mit fünf von sieben GGG-Vorsitzenden der letzten 30 Jahre. Dieter Weiland legt Wert auf die Feststellung, dass auch er am Kongress in Saarbrücken teilgenommen hat, allerdings vor dem Fototermin im Anschluss an die Mitgliederversammlung schon abreisen musste.

Berlin

Gemeinschaftsschule erhält Rechtsgrundlage

Jede Schule kann Elemente der Gemeinschaftsschule übernehmen

Anfang Dezember 2007 wurden die ca. 15 Schulen festgelegt, aus denen 11 Gemeinschaftsschulen hervorgehen sollen. Nun haben SPD- und Linksfraktion einen Gesetzesvorschlag ins Abgeordnetenhaus eingebracht, der den Rahmen für die rechtliche Absicherung der Pilotphase Gemeinschaftsschule absteckt. In dem neuen § 17a heißt es u.a.:

„(4) In Gemeinschaftsschulen findet gemeinsames Lernen und individuelle Förderung von der Schulanfangsphase bis zur gymnasialen Oberstufe in einer Schule oder in Kooperation mehrerer Schulen statt. Sie führen zu allen allgemein bildenden Abschlüssen, soweit der erforderliche Leistungsstand erreicht wird. Die Sekundarstufe I untergliedert sich dabei nicht in unterschiedliche Bildungsgänge. Näheres ist in der Genehmigung zu regeln.

(5) In Gemeinschaftsschulen finden die Regelungen über das Probehalbjahr sowie abweichend von § 56 Abs.2 die Regelungen über die Bildungsgangempfehlung nach dem Besuch der Primarstufe bei Verbleib in der Gemeinschaftsschule keine Anwendung. Abweichend von § 59 finden bis zum Abschluss der Sekundarstufe I Jahrgangsstufenwiederholungen nur in besonders begründeten Ausnahmefällen statt. Darüber sind Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen zu schließen. Die äußere Fachleistungsdifferenzierung findet als Organisationsprinzip in Gemeinschaftsschulen keine Anwendung.

(6) Schulen, die nicht an der Pilotphase teilnehmen, können mit entsprechenden Konzepten und mit Verweis auf die Pilotphase nach den Voraussetzungen

des § 18 einzelne Regelungen des Abs. 5 anwenden.“

Gleichzeitig ist ein Genehmigungsschreiben an die Schulen in Vorbereitung, das die näheren Einzelheiten regelt. Schließlich werden mit einer Projektvereinbarung zwischen Schule, Bezirk (Schulträger) und Senatsverwaltung jeweils für den einzelnen Standort geltende Vereinbarungen festgelegt.

In der Koalitionsvereinbarung heißt es „Zum Einstieg in die Gemeinschaftsschule gehört, dass über die Einrichtung einer Pilotphase hinaus integrative Elemente in unserem Schulsystem gestärkt werden. Hierzu wird geprüft, ob durch eine Schulgesetzänderung der Zwang zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung in der Sekundarstufe I, das Probehalbjahr sowie die Regelungen des Wiederholens von Klassenstufen mittels einer »Kann«-Formulierung aufgehoben werden können.“ In diesem Zusammenhang ist der Absatz (6) (siehe oben) von Interesse. Er eröffnet allen Schulen die Möglichkeit bei entsprechendem pädagogischen Konzept, auf das Probehalbjahr, die Bildungsgangempfehlung, das Sitzenlassen (und damit die Querversetzung) und/oder die äußere Leistungsdifferenzierung zu verzichten. Das wäre schon sensationell. Das Ganze setzt natürlich voraus, dass der Gesetzesentwurf in der vorgelegten Fassung beschlossen wird.

Lothar Sack

Bremen

Rechtzeitig für das neue Schuljahr 08/09 hat Bildungsministerin Renate Jürgens-Pieper der Gesamtschule Bremen-Ost (GSO) eine gymnasiale Oberstufe zugeordnet. Die gymnasiale Oberstufe bildet mit der Abteilung Berufliche Schulen das Schulzentrum der Sek II, Walliser Straße, das im selben Gebäude wie die GSO untergebracht ist. Was lag also näher, als die beiden unter einem Dach liegenden

Schulen auch organisatorisch zu verbinden. Zumal es die Auffassung der Senatorin ist, dass Gesamtschulen eine eigene Oberstufe brauchen, um hinreichend attraktiv für alle Kinder zu sein. Nach der 10. Klasse mussten die GSO-SchülerInnen quer durch die Stadt fahren, um z.B. die bis jetzt einzige Gesamtschuloberstufe Delmestraße zu erreichen.

Das ist ab kommendem Schuljahr vorbei. Besonderer Handlungsbedarf bestand insofern, als die GSO seit Jahren mit der Kammerphilharmonie Bremen kooperiert, über die Grenzen der Stadt tolle Musik- und Tanzprojekte veranstaltet, die natürlich in der Oberstufe weitergeführt werden sollen.

So wird ab kommendem Schuljahr ein Leistungskurs Musik eingerichtet werden, so dass die SchülerInnen die sie begeisterte Zusammenarbeit mit den Musikern im selben Gebäude fortsetzen können. Die Gesamtschulen in Bremen sind dadurch deutlich aufgewertet worden und der GSO gratulieren wir herzlich.

Im Oktober letzten Jahres ist ein sogenannter Fachausschuss ‚Schulentwicklung‘ auf Initiative der Bürgerschaft in Bremen eingerichtet worden, der die Weiterentwicklung des Schulsystems mit Wirkung auf Qualität von Schule und Unterricht, die Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg etc. in Gang setzen soll. In diesem Ausschuss – den Vorsitz führt die Senatorin – sitzen die Bildungsdeputierten der Parteien, als Gäste Vertreter des Sozialen Senatorin, der GEW, des Beamtenbundes, der Personalräte Schulen, des ZEB („Zentraler Elternbeirat“), der Handelskammer und der Schulleiter-Vereinigung. Auch werden renommierte Experten zu verschiedenen Themenkomplexen befragt und angehört; die Liste umfasst Namen wie die Prof. Baumert, Tillmann, Klieme und E. Rösner, E. Riegel und R. Domisch, eine hochkarätige Riege von Sachverständigen, die alle ihr Wissen einbringen sollen. Andreas Schleicher von der OECD ist leider von der Expertenliste gestrichen worden. Dieses hat die GEW auf der letzten Sitzung kritisiert. Die Ergebnisse dieses Ausschusses sollen im Juli 2008 vorliegen.

Wie sich zeigt, haben die ersten Sitzungen nichts Bemerkenswertes an Ergebnissen hervorgebracht. Es wurden Tabellen über Schülerzahlen, demografische Entwicklungen etc. vorgetragen, über den Sozialindikatoren diskutiert. Die relevanten Probleme der Bildungsbenachteiligung sozial Benachteiligter, der Entmischung von Stadtteilen, der Förderung von Migrantenkindern, evt. Sprachunterricht für deren Eltern, das z.T. abgeschottete Eigenleben der Förderzentren sind dabei deutlich geworden, wurden aber erst angerissen. Die GEW hat dazu eine umfangreiche Ausarbeitung vorgelegt.

Bis auf die CDU haben sich die anderen Parteien für eine ‚Schule für alle‘ bis zum 9./10. Schuljahr in ihren Wahlprogrammen zur Bürgerschaftswahl 2007 ausgesprochen. Bis jetzt ist noch wenig in diese Richtung diskutiert worden. Wenn der Ausschuss aber bis Juli 2008 in Bezug auf die integrative Schule Festlegungen treffen will, muss er gewaltig Fahrt aufnehmen. Wir werden versuchen ihn bei dem Vorhaben ‚Integrative Schule‘ tatkräftig zu unterstützen und die Ergebnisse aufmerksam registrieren.

In der Stadtgemeinde Bremerhaven wird zum Schuljahrsbeginn 2008/09 die vierte Gesamtschule eingerichtet. Die Planungskommission steht vor der nicht einfachen Aufgabe, für einen Stadtteil, der als nicht ganz unproblematisch gilt, eine gebundene Ganztagschule zu konzipieren, in der alle an eine gerechte und anspruchsvolle Pädagogik gestellten Anforderungen erfüllt werden. Es ist gut zu wissen, dass unsere ehemalige Bundesvorsitzende Prof. Dr. Anne Ratzki bei den „Bremerhavener Bildungsgesprächen“ hierzu einen Beitrag leistet.

Karlheinz Koke

Hamburg

In Hamburg streben die CDU und die SPD bekanntlich die Umwandlung des Hamburger Schulwesens zu einem Zweisäulenmodell an. Seit September 2007 arbeitet ein Planungsstab der BBS daran, diese Umwandlung zum Schuljahr

2009 / 2010 vorzubereiten. Die Bürgerschaft kann dazu erst nach der Wahl am 24.02.2008 die erforderlichen politischen Entscheidungen treffen. Sie soll im November 2008 über eine grundlegende Änderung des Schulgesetzes und die Festlegung der Bedarfsgrundlagen für Stadtteilschulen und Gymnasien abstimmen. Der Zeitrahmen für eine solche Strukturveränderung, die nach den Ankündigungen der SPD für sie nur eine vorläufige sein soll, ist außerordentlich eng. Für die Entscheidung, welche der derzeit vorhandenen Haupt- und Realschulen und Gesamtschulen künftig als sog. Stadtteilschulen arbeiten sollen, stehen nur die Monate März bis Juli zur Verfügung. Wenn man einmal davon ausgeht, dass die 37 Gesamtschulen in der Regel als Stadtteilschulen weiterarbeiten, so müssen doch die 51 vorhandenen Haupt- und Realschulen aufgelöst und jeweils zu zweit oder dritt zu neuen Schulen zusammengefügt werden. Jede Stadtteilschule soll in jedem Jahrgang 100 bis 150 Schüler aufnehmen. Dieser enge Zeitplan ist von mehreren Seiten heftig kritisiert worden. Vielleicht hat diese Kritik die Senatorin veranlasst, sich vorzubehalten, mit der Einführung der Stadtteilschulen neben den weiter bestehenden Gymnasien erst 2010 zu beginnen, wenn bis zum Sommer 2008 keine akzeptablen regionalen Lösungen gefunden werden können.

Wie bei der Standortfindung sind auch hinsichtlich der organisatorisch-pädagogischen Gestaltung der Stadtteilschulen noch viele Fragen offen. Da die Behörde nur unzureichend über die Planungen informiert, sind die Schulen verunsichert und die Eltern beunruhigt. Den Eltern ist bisher im Wesentlichen nur mitgeteilt worden, dass ihre Kinder, wenn sie sie zum Schuljahr 2008/2009 an einer Haupt- und Realschule oder einer Gesamtschule anmelden, ab dem Schuljahr 2009/2010 Schüler einer Stadtteilschule sein werden.

Über die Stadtteilschule ist bisher wenig bekannt. Sie soll die Jahrgänge 5 bis 13 umfassen und zum Abitur führen. Ob jede Stadtteilschule eine eigene gymnasiale Oberstufe erhält, ist offen. Lehrer aller Laufbahnen sollen an ihr unterrichten; ab

wann aber und in welchem Umfang die Stadtteilschulen Gymnasiallehrer einstellen können, ist nicht geklärt. Wie die Rahmenstundentafel aussehen wird, wie der Wahlpflichtbereich eingerichtet werden kann, ist nicht bekannt; es ist lediglich mitgeteilt worden, dass die Wochenstundenzahl bei 30 liegen soll. Über die Form der Differenzierung sollen die Schulen selbst entscheiden können, dabei sollen „dauerhafte Formen der äußeren Differenzierung zugunsten innerer Differenzierung und Individualisierung zurücktreten“. Diese Perspektive ist begrüßenswert, um sie nutzen zu können, sind aber Fortbildungsmaßnahmen in einem Umfang erforderlich, der bisher nicht zu erkennen ist. Die Liste der ungeklärten Fragen ließe sich fortsetzen: Formen der Leistungsbeurteilung, Abschlussregelung, Zusammensetzung der Schulleitung usw.

Um zu verhindern, dass in Hamburger ein Zweisäulenmodell eingeführt wird, das keines der anstehenden Probleme löst, hat sich im Oktober vergangenen Jahres eine Volksinitiative „Eine Schule für Alle“ gebildet. Diese Initiative wird nicht von Parteien oder Verbänden getragen, sondern von Einzelpersonen, die den verschiedensten Verbänden und Parteien angehören und sich zu einem Verein zusammengeschlossen haben. Mitglieder der GGG haben diese Initiative von Anfang an unterstützt. Auf der Grundlage des derzeit gültigen Schulgesetzes ist ein „Gesetz zur Einführung der Gemeinschaftsschule“ erarbeitet worden. Das Gesetz war Teil der Unterschriftensammlung, es tritt nach erfolgreichem Volksentscheid zum 01. August 2010 in Kraft. Bis dahin ist noch ein weiter Weg. Aber der erste Schritt ist gemacht. Anfang Januar 2008 konnten über 15.000 Unterschriften übergeben werden.

Jürgen Rieckmann

Niedersachsen

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Wahl ist vorbei, der politische Alltag hat begonnen. Jetzt wird sich zeigen, was Aussagen und Versprechungen vor der

Wahl wert sind. So hat der alte und neue Ministerpräsident wenige Monate vor der Wahl zur Überraschung vieler angekündigt, das in Deutschland einmalige gesetzliche Verbot, neue Gesamtschulen einzurichten, nach der Wahl aufzuheben. Mit dieser Ankündigung hat er die Hoffnung vieler Tausender Eltern geweckt, für ihre Kinder nach langem Warten alsbald einen Platz in einer Gesamtschule zu finden. Es ist zu hoffen, dass sein Versprechen das Ergebnis eines langen Lernprozesses ist und nicht nur ein wahltaktisches Manöver war.

Wir Freunde und Befürworter der Gesamtschule als einer für alle gerechten Schule in einer demokratischen Gesellschaft erwarten, dass die Vorarbeiten für eine Novellierung des Schulgesetzes sofort beginnen und zügig abgeschlossen werden, so dass die neuen Gesamtschulen zum Schuljahrsbeginn 2008/2009 ihre Arbeit aufnehmen können. Jede weitere Verzögerung würde die Glaubwürdigkeit des Versprechens des Ministerpräsidenten und dessen selbst in Frage stellen.

Wir erwarten, dass das Verbot von Erhebungen und Elternbefragungen zu neuen Gesamtschulen sofort aufgehoben wird. Nur so wird es möglich sein, Planungen und Vorarbeiten für den Beginn neuer Gesamtschulen rechtzeitig und sorgfältig durchzuführen. Nur dann kann der Schulträger auch seiner Pflicht nachkommen, den Bedarf als Grundlage für einen Antrag auf Genehmigung festzustellen. Auch unter diesem Aspekt würde jede Verzögerung der Glaubwürdigkeit schaden.

Wir erwarten, dass gegen die Einrichtung neuer Gesamtschulen nicht weiterhin Einschränkungen erhoben werden. Wir gehen dabei auch von der Gültigkeit und Beachtung des Urteils des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 8. Mai 1996 aus. Nach diesem Urteil, das die Integrierte Gesamtschule gleichsam als gleichberechtigte Schulform anerkennt, ist der Schulträger nicht verpflichtet, neben einer Integrierten Gesamtschule andere Schulen wie Hauptschule, Realschule oder Gymnasium vorzuhalten. Es wäre also

auch aus rechtlichen Gründen falsch, die Einrichtung einer neuen Gesamtschule vom Weiterbestand von Schulen des gegliederten Schulsystems am Standort abhängig zu machen. Im übrigen gibt es seit Beginn der Gesamtschulen in Niedersachsen Gesamtschulen als Ersatz- und nicht nur Ergänzungsschulen, wie zum Beispiel in Fürstenau bei Osnabrück oder in Bodenfelde an der Weser oder an weiteren Standorten. Eine solche Einschränkung wäre nicht nur ein Verstoß gegen das genannte Urteil, sondern würde ganz besonders Eltern und Schulträger in ländlichen Gebieten treffen. Gerade dort ist auch unter demografischen und ökonomischen Gründen ein vollständiges Schulangebot vonnöten, und das kann ein gegliedertes Schulsystem nicht mehr leisten. An einem solchen vollständigen Schulangebot sind zudem Schulträger schon wegen der damit verbundenen höheren Standortqualität interessiert.

Wir erwarten, dass die neue Landesregierung in dieser Situation keinen Irrweg einschlägt und Hauptschulen und Realschulen zu einer neuen Schulform unter welchem Namen auch immer zusammenfasst. Dass Haupt- und Realschulen unter bestimmten Bedingungen kooperieren, gibt es seit langem, sie zu einer neuen Schulform zu vereinen und dem Gymnasium den Rang einer elitären Schule zuzuweisen, würde das Grundübel des gegliederten Schulsystems, die vielfach sozial bedingte Auslese nach dem vierten Schuljahr, nicht beseitigen, sondern wahrscheinlich noch verstärken.

Im Interesse der Eltern, die für Ihre Kinder einen Gesamtschulplatz wünschen, aber auch unter dem Aspekt einer Schule, die allen Kindern gerecht wird und gleiche Bildungschancen bietet, kann man der neuen Landesregierung nur wünschen, Versprechungen einzuhalten und der Gesamtschule Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen, die es ihr ermöglichen, zu den besten Schulen Deutschlands zu gehören. „Wir müssen darauf Einfluss nehmen, dass das hoch selektive, gegliederte Schulsystem behutsam und mit Augenmaß in ein international wettbewerbsfähiges

System überführt wird, das jedes Kind individuell fördert und fordert.“ (Dieter Dornbusch, der neu gewählte Vorsitzende des Bundeselternrates)

Herbert Kastner

Nordrhein-Westfalen

GGG unterstützt Elterninitiativen für Gesamtschul-Neugründungen

Ende Januar, Anfang Februar ist die diesjährige Anmeldeperiode für weiterführende Schulen in NRW. Nach jährlich steigenden Anmeldeüberhängen – in 2007 waren es 17.000 (!) Kinder, die keinen Platz an einer der 217 öffentlichen Gesamtschulen fanden – können Eltern in diesem Jahr ihre Kinder auch für geplante Gesamtschulen in Siegburg und in Alfter (beide im Großraum Bonn) anmelden. Wenn dort jeweils mindestens 112 Anmeldungen zusammen kommen, müssen an diesen beiden Orten Gesamtschulen gegründet werden. So war die Praxis bisher – und die Rechtslage ist weiterhin so. Doch die konservative Landesregierung hat natürlich keinerlei Interesse daran, dass neue Gesamtschulen entstehen. Sie erklärt ununterbrochen, dass sie das dreigliedrige Schulsystem erhalten, stützen und ausbauen will – und sie handelt konsequent in diesem Sinn.

Der Landesvorstand der GGG unterstützt die Elterninitiativen in Siegburg und Alfter in ihrer Arbeit. Zwar gibt es in NRW – anders als in Niedersachsen – kein Errichtungsverbot für Gesamtschulen. Doch die Landesregierung ist kreativ in ihren Versuchen, Eltern und Gemeinden zu entmutigen. Der erste Vorstoß hieß: Gesamtschulen werden nicht mehr – wie bisher – als Ganztagschulen genehmigt. Dafür hatte die Landesregierung im neuen Schulgesetz die Voraussetzung geschaffen, und über den Haushalt hat sie die Möglichkeit, keine Lehrerstellen für den Ganztagsbereich zu genehmigen. Doch die Umfrage unter Eltern, die dem Anmeldeverfahren vorgeschaltet war, zeigte ganz klar, dass dies die Eltern nicht von ihrem Ziel abhielt. Es meldeten sich

genügend interessierte Eltern, die für ihr Kind, das nun in der vierten Grundschulklasse ist, eine Gesamtschule wollten. So muss nun ein Anmeldeverfahren durchgeführt werden. Die nächste Hürde war ein Einzelerlass für die Stadt Siegburg. Die Gesamtschule darf nur dann errichtet werden, heißt es darin, wenn mindestens 112 Kinder angemeldet werden, die alle aus Siegburg kommen müssen und wenn je ein Drittel dieser Kinder die Grundschulempfehlung für die Hauptschule, die Realschule und für das Gymnasium hat. Diese beiden Bedingungen sind jedoch ohne Rechtsgrundlage. Die Kinder aus Nachbargemeinden ohne Gesamtschule müssen bei der Aufnahmeentscheidung genau gleich behandelt werden wie die Kinder aus der Gemeinde, in der die Gesamtschule steht. Das ist in vielen Jahren und in vielen Prozessen sehr klar das Ergebnis der Rechtsprechung gewesen. Es ist die zwingende Konsequenz aus der Tatsache, dass die Gesamtschule eine Realschule laut Schulgesetz ist. Es käme ja auch niemand auf die Idee, Kindern den Zugang zum Gymnasium zu verweigern, nur weil an ihrem Wohnort kein Gymnasium vorhanden ist. Natürlich dient dies in erster Linie der Verunsicherung von Eltern, damit sie lieber das Sichere, also bestehende Schulen, als eine unsichere Hoffnung wählen. Völlig absurd ist die Bedingung, die erforderlichen 112 Kinder müssten sich auch noch säuberlich dritteln hinsichtlich der Grundschulempfehlung. Das widerspricht zunächst einmal der realen Verteilung der Kinder im dreigliedrigen Schulsystem. Dass sich die Grundschulempfehlungen stärker am Schulabschluss des Vaters und am Bücherbestand des Elternhauses orientieren als an den intellektuellen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder, hätte inzwischen auch der Landesregierung bekannt sein können. Es gibt auch keine Rechtsgrundlage für diese Bedingung. Aber eines gibt es schon: Vielfach ist zu beobachten, dass grade Eltern starker Kinder zunächst oft abwartend sind. Darauf scheint die Regierung zu hoffen. Wie sich die Anmeldesituation bei bestehenden Gesamtschulen weiter entwickelt, welche Leistungszuwächse sich angesichts des

dynamischen Bildungsverständnisses der Gesamtschule einstellen, scheint sie nicht zu interessieren. Bildungsmöglichkeiten schaffen, Hochschulzugangquoten auf europäisches Niveau bringen – all das zählt offenbar nur für die Gesamtschulinteressierten.

Nach Einschätzung der GGG NRW werden die hier errichteten Hürden vor keinem Gericht Bestand haben können. Gemeinsam mit dem Landeselternrat der Gesamtschulen wird sie die Initiativen über die weiteren Schritte beraten und mit ihnen gemeinsam das weitere öffentliche und juristische Vorgehen planen.

Die Forderung der GGG NRW hinsichtlich der neu zu gründenden Gesamtschulen ist klar und eindeutig die Beibehaltung des in NRW realisierten Modells: mindestens vierzügig, als Schule der Sekundarstufen I und II und als Ganztagschule. Es gibt überhaupt keinen sachlichen Grund, von dieser durchweg bewährten Form abzuweichen. Finanzielle Gründe können es schon gar nicht sein, betrachtet man die fast verzweifelten Anstrengungen, genügend Hauptschulen zu finden, die als Ganztagschule sogar einen Ganztagszuschlag von 30% erhalten. Siegburg und Alfert können den Einstieg in den bedarfsgerechten Ausbau der Gesamtschule in NRW darstellen.

Ingrid Wenzler

Rheinland-Pfalz

Zweigliedrigkeit ist kein Zwischenschritt!

Der Landesvorstand begrüßt die Abschaffung der Hauptschulen (bis 2013) in Rheinland-Pfalz, ist aber der festen Überzeugung, dass der Weg der Zweigliedrigkeit - auf der einen Seite Gymnasien und Gesamtschulen, auf der anderen „Realschule plus“ – kein geeigneter Schritt auf dem Weg zu mehr Integration sein kann. Schon die frühere Errichtung von „Regionalschulen“ (Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule) hat nicht den Erfolg gebracht, den das Ministerium

sich davon erhofft hatte. Die Elternschaft und die Lehrkräfte erkannten richtig, dass dies nur ein hilfloser Versuch war, die Hauptschule doch zu retten. Dieser Versuch wurde nicht mit Erfolg gekrönt, sodass die Landesregierung und Ministerin Ahnen im Herbst letzten Jahres eine neue Initiative starteten. Ihre Parole „keiner soll zurückgelassen werden“ unterstützen wir voll, sind jedoch der Meinung, dass der Weg wieder der falsche ist: statt auf mehr Integration durch die Errichtung von mehr Integrierten Gesamtschulen zu setzen, kreierte die Landesregierung wieder einen neuen Schultyp, nur damit das dreigliedrige Schulsystem in der neuen Zweigliedrigkeit wenigstens durch Beibehaltung aller Abschlüsse (einschließlich Hauptschulabschluss!) überleben soll.

Der Landesvorstand stellt fest, dass nach der Ankündigung des Ministeriums der Trend, der zur Gründung von 5 neuen Integrierten Gesamtschulen im nächsten Schuljahr geführt hat, sich ungebrochen fortsetzt. Statt die neue „Realschule plus“ zu beantragen, gibt es im ganzen Land großes Interesse an der Errichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen. Beispielhaft dafür ist die Landeshauptstadt Mainz: die bestehenden zwei Gesamtschulen müssen jedes Jahr fast die Hälfte aller BewerberInnen ablehnen, weil keine Plätze für sie vorhanden sind. Jetzt gibt es Bestrebungen, eine dritte Integrierte Gesamtschule zu fordern – und dieser Wunsch wird auch laut von KommunalpolitikerInnen unterstützt. Ähnliches wird von vielen anderen Kommunen berichtet. Die „Realschule plus“ scheint also die Gesamtschule nicht nur nicht zu gefährden sondern sogar zu beflügeln. „Wenn schon, denn schon!“ scheinen KommunalpolitikerInnen und Eltern zu denken. Sie wollen vor Ort eine Schule, die alle Kinder aufnimmt, auf individuelle Förderung setzt und auf alle Abschlüsse vorbereitet. Die gute Arbeit der bestehenden Gesamtschulen im Lande wird durch die jährliche hohe Ablehnungsquote bestätigt. Wir sind gespannt, wie die Entwicklung in Rheinland-Pfalz weitergehen wird.

Margaret Kierney



Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

Gesamtschulverband

Kommentar



Was nun, Herr Busemann?

Eine etwas polemische Abhandlung anlässlich der Verleihung des Deutschen Schulpreises 2007

von Jürgen Leonhardt

Die Robert-Bosch-Stiftung, zusammen mit ZDF und STERN, hat 2006 zum ersten Mal den Deutschen Schulpreis vergeben. Die fünf Sieger waren eine Grundschule und vier Gesamtschulen.

Dieses Jahr gewann eine Gesamtschule in Hildesheim, gefolgt von einer weiteren Gesamtschule in Wiesbaden, einem Gymnasium in BW und zwei Förderschulen, die beide nach dem „Prinzip der Gesamtschule“ arbeiten, wie es auf der Homepage der Schulen heißt. Mit Ausnahme des einen Gymnasiums arbeiten alle diese Schulen „integriert“, d.h. es gibt keine Selektion der Schüler in Klasse vier. ALLE Schüler gehen in EINE Schule.

Erstaunlich genug ist schon die Tatsache, dass ausgerechnet die in Deutschland so ungeliebte Gesamtschule die ersten Preise gewinnt.

Noch größer wird allerdings die Verwunderung, wenn man erfährt, dass der diesjährige Gewinner, die Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim in einem Bundesland liegt, das mit Amtsantritt des CDU Kultusministers Bernd Busemann die Neugründung von Gesamtschulen in Niedersachsen verboten hat.

Das klingt bei ihm so: „Neben den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien und – natürlich nicht zu vergessen – unseren Sonderschulen wird es keine neuen Gesamtschulen geben. Angesichts des zu erwartenden Rückgangs der Schülerzahlen geht die Einführung weiterer Gesamtschu-

len notwendiger Weise zu Lasten bestehender anderer Schulen.“

Einmal abgesehen von der verquerten Logik dieser Begründung (die Neugründung irgendeiner einer anderen Schule hätte ja schließlich genau den gleichen Effekt, womit Neugründungen jeglicher Art ausgeschlossen wären), welche Konsequenzen zieht Herr Busemann aus der Tatsache, dass eine Gesamtschule seines Bundeslandes die beste Schule Deutschlands geworden ist? Schreibt er sich das vielleicht als Erfolg seiner eigenen Bildungspolitik auf die Fahne? (Nicht lachen, Politiker bringen das fertig, ohne schamrot zu werden).

„Ich werde den Gesamtschulen eine faire Chance geben, sich im Wettbewerb der Schulen zu stellen“, sagt er weiter im gleichen Vortrag anlässlich der Zentraltagung des Schulleitungsverbandes Niedersachsen am 28.4.2003.

Nun, die Gesamtschulen haben sich diesem Wettbewerb gestellt, allerdings nicht mit dem Ergebnis, das Herr Busemann vielleicht erwartet hat!

Was ist nun mit der „fairen Chance“, Herr Busemann?

Heben Sie etwa das Gründungsverbot auf? Gibt es gar eine neue Politik der Abkehr von den alten selektiven Systemen? Erfahren die Gesamtschulen dafür mehr Aufmerksamkeit?

Wir können, glaube ich, getrost davon ausgehen, dass nichts von all dem passieren wird.

Viel eher könnte ich mir, angeregt durch die seltsame Logik des Herrn Busemann, folgendes Szenario vorstellen:

1. Zunächst wird der Erfolg der Robert-Bosch-Gesamtschule als nicht repräsentativer Einzelfall interpretiert (Man könne ja schließlich nicht wegen einer einzigen Schule das gesamte bewährte System von heute auf morgen über den Haufen werfen. Und wer weiß schon, wie diese Ergebnis zu Stande gekommen ist).
2. Dann wird das Gründungsverbot für neue Gesamtschulen etwas „modifiziert“, indem man die derzeit noch vorhandene Bestandsgarantie aufhebt, weil den andern Schularten zunehmend die Schüler ausgehen (Der besondere Schwund der Hauptschulen wird dadurch aufgefangen, dass alle Schüler der aufgelösten Gesamtschulen eine Aufnahmegarantie für die Hauptschule erhalten).
3. Längerfristig werden so alle noch vorhandenen Gesamtschulen geschlossen und können sich somit auch nicht mehr bei Wettbewerben beteiligen (Schulen, die es nicht gibt, können schließlich auch nicht gewinnen). Und das ist ja auch gut so, denn nur so haben auch die anderen, „normalen“ Schulen des Landes endlich einmal eine „faire Chance“ als Sieger auf dem Podest zu stehen (Als gutes Vorbild kann da durchaus Baden-Württemberg gelten, wo es ja schließlich Dank der erfolgreichen Politik der CDU Regierung fast keine Gesamtschulen mehr gibt und deshalb auch endlich ein Gymnasium mit zu den Gewinnern aufzurücken konnte).

Die Gesamtschulen hatten ja schließlich ihre Chance schon.

Finden Sie ich übertreibe? Abwarten!